

V0263/22

Dringlichkeitsantrag - Einladung Stadtwerke in den Stadtrat
-Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 24.03.2022-

Stadtrat vom 31.03.2022

Oberbürgermeister Dr. Scharpf berichtet, dass sich in Ingolstadt die Anzahl der Geflüchteten aus der Ukraine auf deutlich über 1000 bewegt habe. Seit der letzten Flüchtlingskrise im Jahr 2015/2016 habe Ingolstadt sein Soll bezüglich der Aufnahme von Geflüchteten nach dem Königsteiner Schlüssel übererfüllt. Dies habe Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei der aktuellen Entwicklung zum Anlass genommen, sich mit einem Schreiben an den Regierungspräsidenten zu wenden, um auf diesen Umstand hinzuweisen und zu bitten, dass Ingolstadt zumindest keine Sonderzuteilungen mehr bekomme. Diese Bitte sei von Erfolg gekrönt worden. Die Regelung der Regierung von Oberbayern sehe demnach so aus, dass die drei bayerischen kreisfreien Städte München, Rosenheim und Ingolstadt nun keine Sonderzuteilungen mehr bekommen. Allerdings könne es jederzeit durch private Ankünfte zu einem weiteren Zulauf kommen. Mittlerweile befinde man sich wieder unter 1000 Geflüchteten in Ingolstadt. Davon seien knapp 550 Menschen aus der Ukraine, die privat entweder bei Verwandten oder Bekannten untergekommen seien und über das Ausländeramt registriert werden. Zusätzliche Kapazitäten werden durch die ESV-Turnhalle mit 100 Plätzen, der Paul-Wegmann-Halle mit bis zu 200 Plätzen, der vor ein paar Tagen neu eröffneten Halle in der Straußlettenstraße mit 200 Plätzen und in Etting mit 100 Plätzen zur Verfügung gestellt. Weiter informiert Oberbürgermeister Dr. Scharpf über die sehr hohe Zahl von gemeldeten Privatwohnungen, die als Anmietung zur Unterbringung von Geflüchteten herangezogen werden können. Hier Rede man von Zahlen im dreistelligen Bereich. Zum 1. April sollen erneut Verträge abgeschlossen werden, sodass perspektivisch gesehen zum 1. Mai wieder weitere Plätze zur Verfügung stehen. In dieser kurzen Zeit bewege man sich bei 197 geschaffenen Plätzen. Dies sei eine reife Leistung vom Sachgebiet Asyl im Sozialreferat, betont er. Denn jede Wohnung müsse angeschaut und geprüft werden. Möbel müssen eventuell beschafft werden. Jeder kenne die Problematik, was das Thema Lieferschwierigkeiten anbelange. Nichtsdestotrotz habe man auf dem Schirm, dass das Thema Abverlegung die Stadt Ingolstadt noch eine Weile begleiten werde. Im Übrigen seien auch Hotelplätze angemietet worden, in denen nun 60 Menschen in zwei Hotels untergebracht werden. Das sei eine Vorzugsvariante der Unterbringung, welche von der Regierung von Oberbayern empfohlen worden sei. Diese sei auch mit der Regierung abgestimmt worden. Um das Thema Wohnraumbeschaffung werde man trotzdem nicht herum kommen, erwähnt Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Diese Krise unterscheide sich nämlich von der Krise, welche man im Jahr 2015/2016 erlebt habe. Damals seien überwiegend junge Männer nach Deutschland gekommen, welche man dem Asylverfahren zugeordnet habe. Jetzt empfangen man überwiegend Frauen mit Kindern und ältere Menschen, welche nicht dem Asylverfahren unterliegen, da sie eine Aufenthaltserlaubnis und im Prinzip freie Niederlassungsfreiheit haben. Das bedeute, dass niemand dazu gezwungen werden könne, sich in einer bestimmten Unterkunft unterbringen zu lassen. Deswegen sei die Intention, einen Baustandard in idealerweise kostengünstiger Modulbauweise mit einem ansprechenden äußeren Erscheinungsbild zu schaffen, welche weiterhin auch nach Abflachung der Ukraine Krise genutzt werden könne. Ziel sei kein Containerdorf, aber Bauten in Einfachbauweise in Modulstandard, verdeutlicht Oberbürgermeister Dr. Scharpf. Was die Kostensituation anbelange, befinde man sich gerade in Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern. Bevor es so weit komme, würde der Stadtrat rechtzeitig im Bezug auf die Situierung nochmal mit dem Thema befasst werden, führt er aus.

Herr Fischer pflichtet Oberbürgermeister Dr. Scharpf bei und geht auf die Zahlen nochmal im Detail ein. Nach seinen Aussagen seien aktuell noch rund 930 Kriegsgeflüchtete aus der Ukraine im Stadtgebiet untergebracht. Davon sei der überwiegende Teil von 550 Personen privat aufgenommen worden. 106 in Notunterkünften, 90 vorübergehend in der Ankereinrichtung, 114 dezentral in den städtischen Asylunterkünften und knapp 70 in Hotel. Ohne das soziale Engagement der Ingolstädter Bürgerinnen und Bürger sowie der ehrenamtlichen Kräfte der Hilfsorganisationen (Bayerisches Rotes Kreuz und Johanniter) und allen weiteren Ehrenamtlichen darüber hinaus, wäre die Herausforderung nicht zu bewältigen gewesen, bedankt sich Herr Fischer. Weiter erklärt er den Ablauf des Unterbringungskonzeptes. Mit der alten ESV-Turnhalle besitze man eine Erstanlaufstelle, die sehr günstig gelegen sei, da man von dort aus ohne große Suche auch Personen, die auch noch um 23:00 Uhr mit dem Zug in Ingolstadt ankommen, sofort ein Dach über den Kopf sowie eine Verpflegung zur Verfügung stellen könne. Als Überbrückungsmaßnahmen greife man zusätzlich auf die von Oberbürgermeister Dr. Scharpf bereits genannten weiteren Hallen zurück, wobei bei der Paul-Wegmann-Halle durch die Abverlegungsaktionen ab Morgen mit den Aufräum- und Überprüfungsarbeiten begonnen werden könne, um die Halle schnellstmöglichst wieder für den Schul- und Vereinssport nutzen zu können. Bei den Unterbringungskapazitäten habe man 200 Plätze von privaten Angeboten und Wohnungen akquirieren können. Ein Großteil der Mietverträge beginne ab dem 1. April. Die restlichen im Verlauf des Aprils. Dazu kommen noch 70 Plätze, die man aus der städtischen Obdachlosenhilfe für Geflüchtete übernommen habe sowie rund 50 Plätze, die man hoffentlich kurzfristig in einer eigenen städtischen Immobilie in der Regensburger Straße realisieren könne. In der Summe habe man somit 320 zusätzliche Unterbringungskapazitäten, hebt Herr Fischer hervor. Nicht alle, aber die Mehrzahl der Geflüchteten benötigen bisher Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Hälfte der Geflüchteten, die dezentral oder in Hotels untergebracht werden seien Kinder. Die andere Hälfte Erwachsene. Meist die entsprechenden Mütter oder Alleinreisende. Bei den Privatwohnenden habe man keinen kompletten Überblick. Hier gehe man von 550 Geflüchteten von den Registrierungen des Ausländeramtes aus. Davon sollen knapp 300 Leistungen beim Amt für Soziales beantragt haben, so Herr Fischer. Hier könne man offensichtlich erkennen, dass die ein oder anderen Bürger mit Bezug zur Ukraine die ältere Generation privat aufgenommen habe. Hier habe man 40 Geflüchtete im Alter von 60 Jahren oder älter. Von den bekannten Kindern habe man 110 schulpflichtige Kinder. Bezüglich der Sicherung des Lebensunterhaltes erklärt Herr Fischer, dass die Geflüchteten aufgrund des Beschlusses der EU-Innenminister kein Asylverfahren durchlaufen müssen, sondern ein humanitäres Aufenthaltsrecht in der EU und in Deutschland wegen des Krieges in der Ukraine haben. Dies bedeute zugleich, dass die Geflüchteten nach derzeitiger Rechtslage auch keinen Anspruch auf SGB II Leistungen und damit auch keinen Anspruch auf Betreuung im Jobcenter haben. Stattdessen bekommen sie Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz. Das seien niedrigere Leistungen als das Arbeitslosengeld II. Statt 449 Euro für den Alleinstehenden, seien es dann nur 367 Euro. Wie im Asylbewerberleistungsgesetz üblich, sei dies im Regelfall eine Mischung aus Geld- und Sachleistungen. Zu den 367 Euro kommen die Unterkunftskosten noch hinzu. Neben der reinen Unterbringung spiele auch das Thema Soziale Beratung eine wichtige Rolle, erwähnt Herr Fischer. Diese finde durch die unterschiedlichen Migrationsberatungsstellen innerhalb der Stadt Ingolstadt über verschiedene Organisationen direkt in den Notunterkünften statt. Nachdem in Ingolstadt jedoch auch immer mehr Personen privat oder dezentral untergekommen seien, habe man ein zentrales Beratungsangebot im Bürgerhaus, im Neuburger Kasten geschaffen. An drei Tagen in der Woche (Dienstag, Mittwoch und Donnerstag) sollen sich die Beratungsstellen aufteilen, damit immer Migrationsberatungsexperten im Bürgerhaus für eine soziale Beratung zur Verfügung stehen. Die Koordination des ehrenamtlichen Engagements werde von der Integrationslotsin im Amt für Soziales übernommen. Weitere Herausforderungen neben der Beschulung und der Kinderbetreuung sei die Integration in den Arbeitsmarkt und der deutsche Spracherwerb. Alle

geflüchteten Ukrainer bekommen nach § 24 Aufenthaltsgesetz die Erlaubnis in Deutschland arbeiten zu können. Dies funktioniere ab dem Zeitpunkt, ab dem sie eine Fiktionsbescheinigung des Ausländeramtes erhalten haben, auf dem "Erwerbstätigkeit erlaubt" vermerkt sei. Dies ermögliche den Arbeitgebern ein relativ unbürokratisches Einstellungsverfahren, da kein individuelles Arbeitserlaubnisverfahren benötigt werde. Nachdem kein Leistungsanspruch nach dem SGB II bestehe, werde die Arbeitsberatung, Vermittlung und Unterstützung bei der Berufsankennung sowie der Frage nach einer beruflichen Qualifizierung von Expertinnen und Experten der Agentur für Arbeit in Ingolstadt übernommen. Mit der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit sei man in Kontakt. Für die Geflüchteten gebe es mehrere Zugangswege zur Agentur für Arbeit. Eine davon sei die deutschlandweite telefonische Beratungshotline auf ukrainisch und russisch. Verfüge man über deutsche Sprachkenntnisse oder habe man einen Dolmetscher empfiehlt Herr Fischer sich direkt vor Ort ohne Terminvereinbarung in der Eingangszone der Agentur für Arbeit zu melden. Auch online bestehe die Möglichkeit Kontakt mit der Agentur für Arbeit aufzunehmen. An dem Thema Fiktionsbescheinigung hänge auch der Zugang zum Integrationskurs. Alle Geflüchteten der Ukraine sollen zu den Integrationskursen zugelassen werden. Von rechtlicher Sicht bestehe zwar kein Rechtsanspruch, aber es wurde angekündigt, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sein Ermessen so ausüben werde, dass alle Ukrainer auch Integrationskurse wahrnehmen können, erklärt er. Hier könne man auf das seit Jahren bewährte Angebot der Ingolstädter Sprachkursträger zurückgreifen. Die VHS sei einer davon, der entsprechende Deutschkurse anbiete.

Herr Engert ergänzt, dass sich die Zahlen im Moment beinahe täglich ändern. Jeden Freitag bekomme man die Meldung der schulpflichtigen Kinder oder der Kinder im schulpflichtigen Alter. Kinder im schulpflichtigen Alter deshalb, da nach der Rechtslage, einreisende Kinder erst nach drei Monaten Aufenthalt in Bayern oder in der Bundesrepublik Deutschland schulpflichtig werden. Dies bedeute, dass vor diesen drei Monaten die Entscheidung bei den Eltern liege, ob sie schulische Angebote für ihre Kinder wahrnehmen möchten. Vergangenen Freitag seien 145 Kinder gemeldet worden. Herr Engert geht davon aus, dass die morgige Meldung deutlich höher ausfallen werde. Inzwischen sei es eine sogenannte "Steuerungsgruppe" gebildet worden, welche vom staatlichen Schulamt geleitet werde. In dieser Steuerungsgruppe seien alle Schularten sowie das städtische Schulverwaltungsamt vertreten. Die Aufgabe dieser Steuerungsgruppe sei, die Beschulung dieser Kinder zu steuern und entsprechende Angebote zu machen. Konkret gebe es hierzu zwei Wege, berichtet Herr Engert. Zum einen werden Willkommensgruppen eingerichtet, in denen die Kinder zunächst auf die schulische Situation in Ingolstadt vorbereitet werden sollen, sodass im Laufe der Willkommensgruppe entschieden werden könne, ob die Kinder in den normalen Schulbetrieb überführt werden können. Die zweite Seite soll versuchen, bei Möglichkeit Kinder direkt in die schulischen Angebote zu integrieren. Hier habe Ingolstadt einen gewissen Startvorteil, da an vielen Mittelschulen über die Volkshochschule Sprachkurse, Sprachklassen und sogar Einzelnachhilfeunterricht angeboten werden. Hier habe man an vielen Schulen Kräfte, die für man für die Integration der Kinder nutzen könne. Grob könne man sagen, dass die Grundschulen für Willkommensgruppen und die weiterführenden Schulen für die Integration zuständig sein sollen. Wobei auch in den Grundschulen nicht immer eine Willkommensgruppe funktioniere, erwähnt Herr Engert. Wenn z.B. ein Kind privat in Zuchering untergebracht sei, könne man dieses Kind als Neuankömmling nicht mit dem ÖPNV durch die ganze Stadt schicken, damit es irgendwo in eine Willkommensgruppe gehen könne. Hier müsse man Lösungen finden. Das sei aktuell die Strategie, die man verfolgen möchte. Dabei gebe es jedoch zwei Engpässe. Der eine Engpass heiße Räume, so Herr Engert. Die Ingolstädter Schulen seien alle in einer prekären Raumsituation, wobei dies im Moment noch zu händeln sei, wenn man die Willkommensgruppen Vormittags in den Nachmittagsräumen und Nachmittags in den Schulräumen unterbringe. Der zweite Engpass betreffe den Personalmangel. Nach Aussagen von Herrn Engert sollen im Moment zentral über das staatliche Schulamt alle Interessenten gesammelt werden, die früher entweder Lehrer waren oder eine Lehrberechtigung zum Deutsch unterrichten besitzen und gerne

mitarbeiten würden. Die Stadt Ingolstadt werde zudem eine Presseerklärung rausgeben und öffentlich dazu aufrufen. Man habe zwar eine ganze Reihe von Personen, aber man sei immer noch dankbar für weitere Nennungen. Weiter bezieht sich Herr Engert auf die Berufsschulen, welche man als Folge von 2015 zu Berufsvorbereitungs- und Integrationsklassen aufgebaut habe und noch vorhanden seien. Hier wolle man versuchen, Jugendliche sinnvollerweise in diese Systeme einzubringen. Bei den Kindertagesstätten herrsche zwar kein Raumproblem, jedoch ein gigantisches Personalproblem, berichtet Herr Engert. Im Moment habe man 22 Kinder im Kindergartenalter, die aus der Ukraine angereist seien (Stand letzter Freitag). Man habe einen freien Träger gefunden, der bereit sei eine Gruppe einzurichten. Bisher habe man lediglich eine Nachfrage nach einer Betreuung, was logisch sei, erklärt Herr Engert, da kleine Kinder zunächst in der persönlichen Betreuung der Mütter seien. Trotzdem werde das Thema auf Ingolstadt zukommen. Bisher habe man eine Erzieherin, die aus der Ukraine eingereist sei. Man versuche jede Erzieherin, die einreist, zu kontaktieren und zu schauen, ob diese eingesetzt werden könne. Dies sei im Moment der Weg, den man bei den Kindertagesstätten gehe.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Ettinger, was mit den Studenten aus der Ukraine passiere, antwortet Herr Fischer, dass die sogenannten sonstigen Drittstaatsangehörigen (Geflüchtete, die nicht Ukrainer sind, sondern zum Studieren oder aus anderen Gründen in der Ukraine waren) nicht unter den Beschluss der EU-Innenminister fallen. Dies bedeute, dass ihnen kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für die nächsten zwei Jahre gewährt werde, sondern sie zunächst nur nach einer Verordnung der Bundesinnenministerin ein dreimonatiges Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, da man davon ausgehe, dass ihnen eine Rückreise in ihr Heimatland möglich sei. Wahrscheinlich werde es nur im Ausnahmefall möglich sein, das Studium in Deutschland abzuschließen, so Herr Fischer. Die Studierenden seien mittlerweile unterschiedlich untergebracht. Ein Teil befinde sich in den Obdachlosenunterkünften der Stadt Ingolstadt. Der andere Teil der Studirenden sei in größere Städte weitergereist.

Stadträtin Segerer möchte in Erfahrung bringen, ob es unter den Geflüchteten auch Menschen mit Behinderung oder sonstigen Pflegebedarf gebe. Wo diese untergebracht werden und welche Hilfsangebote für diese Zielgruppe zur Verfügung stehen. Glücklicherweise habe die Lebenshilfe Ingolstadt der Stadtverwaltung dankenswerterweise ermöglicht, etliche Räume in Gut Aufeld, welches als entsprechende Einrichtung für Menschen mit Behinderungen konzipiert sei, belegen zu können. Diese seien inzwischen insbesondere mit behinderten Kindern aus der Ukraine belegt. Aufgrund der bereits angesprochenen Altersstruktur habe man nur vereinzelt das Thema Pflegefall im Alter, antwortet Herr Fischer.

Zur Information für interessierte Bürgerinnen und Bürger als auch für Geflüchtete, weist Stadtrat Höbusch darauf hin, dass deutsche Versicherer sich dafür bereit erklärt haben, die Kfz-Haftpflichtversicherung für ukrainische Fahrzeuge in der Bundesrepublik Deutschland befristet bis 31. Mai zu übernehmen, sodass kein Fahrzeug, wenn ein ukrainischer Versicherer nicht in der Lage sei den ukrainischen Versicherungsschutz zu gewährleisten, auf deutschen Straßen unversichert unterwegs sei. Außerdem könne er mitteilen, dass sein Arbeitgeber sowie bestimmt weitere Versicherungsgesellschaften für den Bereich der privaten Haftpflichtversicherung, sich dafür bereit erklärt haben, Geflüchtete in Privatunterkünften, in die entsprechenden Privathaftpflichtversicherungsverträge der Gastgeber mitaufzunehmen (sowohl in der Wohnung als auch Einliegerwohnungen oder in entsprechenden weiteren Räumlichkeiten). Dies gelte auch für die Hausratsversicherung, allerdings erst einmal zeitlich befristet. Stadtrat Höbusch denkt, dass es aber auch hier entsprechende Deckungen mit den jeweiligen Hausratsverträgen der deutschen Gastgeberinnen und Gastgeber geben wird. Für die ehrenamtlichen Tätigkeiten gelten dann die entsprechenden Verträge, sodass keine Versicherungslücken entstehen.

Stadtrat Mißbeck möchte wissen, ob es für geflüchtete Jugendliche aus der Ukraine ein spezielles Sportprogramm gebe. Die Jugendlichen sollten die Möglichkeit haben, sich in der Gemeinschaft zu integrieren, damit sie sich auch einen körperlichen Ausgleich haben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll antwortet, dass es bereits diverse ehrenamtliche Aktivitäten der Vereine gebe. Sogar Schwimmunterricht sei inzwischen in der Pipeline. Es laufe schon sehr vieles auf Eigeninitiative, sodass die Stadtverwaltung keinen großen Anstoß dafür geben müsse. Man könne sicherlich darüber nachdenken, ob man nochmal gezielt auf Vereine zugehen möchte. Hierfür sollte man allerdings noch ein bis zwei Wochen abwarten, um zu sehen, wo die betreffenden Kriegsflüchtlinge dann endgültig unterkommen. Mit diesem Thema könne man sich in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Sport, Veranstaltungen und Freizeit noch einmal gezielt beschäftigen, schlägt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll vor.

Stadtrat Dr. Böhm schildert die aktuelle Problematik in den Arztpraxen bezüglich nicht gemeldeter Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine. Diese haben keinen Versicherungsschutz und man müsse ihnen ein Privat Rezept ausstellen, erklärt er. Wären die Menschen im Vorhinein bei der Stadtverwaltung gemeldet, würde man sie wie Asylbewerber versorgen können, damit sie in der Apotheke nicht privat zahlen müssen. Gleichzeitig würde man den Arztpraxen den bürokratischen Aufwand ersparen.

Im Rahmen der Betreuung der Flüchtlinge durch das Amt für Ausländerwesen und Migration gibt Herr Müller einen Überblick über die grundsätzlichen Schwierigkeiten der Verteilung und Registrierung der ukrainischen Flüchtlinge. Das UN-Flüchtlingswerk habe Anfang der Woche gemeldet, dass seit dem russischen Angriff am 24. Februar rund vier Millionen Menschen die Ukraine verlassen haben. Davon seien etwa 400.000 inzwischen in Deutschland angekommen, wobei etwa 60 Prozent davon durch die Registrierung an den Grenzen bzw. an den zentralen Umsteigeplätzen in Polen, Frankfurt (Oder), Berlin und in München schon registriert worden seien. Die anderen 40 Prozent seien individuell gereist. Das bedeute, dass es letztendlich unklar sei, wie viele Personen genau sich im Bundesgebiet in allen 16 Bundesländern aufhalten, erklärt Herr Müller. Der Freistaat Bayern habe mit einem Anfangsszenario von etwa 50.000 unterzubringenden Flüchtlingen gerechnet, welches mittlerweile auf 100.000 gestiegen sei. Im Moment bewege man sich in einem Szenario mit über 50.000 unterzubringenden Geflüchteten. Zur Flüchtlingskrise im Jahr 2015 gebe es zwei wesentliche Unterschiede. Der Schutzstatus im Rahmen der EU für die Kriegsflüchtlinge sei bereits genannt worden. Betroffene Ukrainer müssen keine Asylanträge stellen und es gelte auch keine Dublin-Regelung. Der zweite Unterschied sei, dass sich alle Ukrainerinnen und Ukrainer mit gültigen Pässen für 90 Tage völlig frei und legal im Bundesgebiet aufhalten können. Es gebe keine Residenzpflicht. Darunter fallen auch die Drittstaatsangehörigen. Hier handle es sich um Vertriebene, die sich legal zum Zeitpunkt des Kriegsausbruches in der Ukraine aufgehalten haben, verdeutlicht Herr Müller. Die Verteilung und Erfassung sei insgesamt wesentlich schwieriger als im Jahr 2015. Die Zahl der bereits vorhin genannten 550 privat untergekommenen Personen könne Herr Müller aktualisieren. Ganz aktuell zu Beginn der Sitzung seien ihm 760 Personen vom Ausländeramt gemeldet worden. Darunter befinden sich 43 Drittstaatsangehörige/Studenten, bei denen geprüft werde, ob eine geordnete und sichere Rückkehr in ihr Heimatland möglich sei. Dabei werde auch darauf geschaut, in welchem Abschnitt des Studiums sich die Studierenden gerade befinden. Zu diesem Zweck habe sich die zentrale Rückkehrberatung für Studenten der Stadt Augsburg eingeschaltet. Für Studenten, welche sich beispielsweise im letzten Studienjahr befinden, werde nach Möglichkeiten gesucht, ob diese ihr Studium in Nachbarländern der Ukraine beenden können. Zudem werden Möglichkeiten geprüft, ob nach Rückkehr dieser drittstaatsangehörigen Studenten eine Beendigung des Studiums über Online-Möglichkeiten gegeben sei. Das Problem dabei sei, dass sich viele Geflüchtete nicht an die Verteilungsplanung halten, so Herr Müller. In Berlin gebe es eine zentrale

Koordinierungsstelle von Seiten des Innenministeriums, welche immer morgens bis 09:30 Uhr die Länder nach Kapazitäten abfrage. Bis 13:00 Uhr Mittags erfolge dann die Rückmeldung der Länder an Berlin. Daraufhin werden entsprechend Gruppen bezogen, Busse sowie Züge geplant und bereit gestellt. Weil sich die Ukrainer nicht im Rahmen dieser strikten Asylvorgabe bewegen, komme es häufig vor, dass sie aus den Reisemöglichkeiten aussteigen, da sie sich entweder mit Gleichgesinnten zusammen tun oder in eine der größeren Städte wollen und somit die Planungen verlassen, welche eigentlich gegenüber den Empfangskommunen angekündigt seien. Dies führe häufig zu Frustrationen, weil sich die Gemeinden und kreisfreien Städte auf die entsprechenden Zahlen eingestellt haben. Diese Tatsache wirke sich letztendlich auch auf das Thema der Registrierung aus, informiert Herr Müller. Zu Beginn der Ukraine Krise habe es noch eine klare Trennung zwischen den zentral ankommenden Flüchtlingen gegeben, welche durch die Ankerzentren und zentralen Bearbeitungsstraßen des Bundes geführt worden seien. Inzwischen seien diese Bereiche so stark belastet, dass auch die Kommunen, die Polizei von Bund/Land komplett eingebunden seien, zumindest im Rahmen einer vorläufigen Anlage von Datensätzen im Ausländerzentralregister, die Flüchtlinge zu erfassen. Dies habe man in Ingolstadt für die genannten 760 Fälle und den anderen Fällen, die in den Notunterkünften untergekommen seien, ebenfalls getan. Bedauerlicherweise seien die sogenannten digitalen Erfassungsgeräte für die Registrierung der Flüchtlinge (sog. PIK), welche eigentlich flächendeckend zur Verfügung stehen sollten, Mangelware. Dies bedeute, man müsse sich mit den Systemen, welche 2015/2016 im Zusammenhang mit der sogenannten Quotenverteilung eingeführt worden seien, behelfen und dort die entsprechenden Datensätze anlegen. Tatsache sei letztendlich, dass bis Abschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels diese Registrierung abgeschlossen sein müsse, da der staatliche Leistungsbezug der Flüchtlinge am Ende durch eine ausgeglichene Verteilung im gesamten Bundesgebiet gewährleistet sein soll. Insofern arbeite die Stadtverwaltung an dem Thema und müsse auch hier mit Personalzuwachs rechnen. Diesbezüglich werde man sich mit Herrn Kuch in Verbindung setzen, so Herr Müller.

Auf Anregung von Stadtrat Dr. Böhm an die beiden Referate III und V gewandt, bittet Oberbürgermeister Dr. Scharpf darum, sich nochmal mit dem ärztlichen Kreisverband und der kassenärztlichen Vereinigung kurzzuschließen, damit eine Abrechnung in den Arztpraxen unkompliziert verlaufen könne, ohne dass Privatrechnungen ausgestellt werden müssen.

Stadtrat Over sagt, er habe im deutschen Rundfunk gehört, dass sämtliche Schulkinder, die aus der Ukraine nach Deutschland gekommen seien, fertig digitalisierte Schulbücher zur Verfügung hätten. Von Herrn Engert möchte Stadtrat Over wissen, ob Ingolstadt diesbezüglich Erfahrung habe und ob die Schulkinder aus der Ukraine auch in Ingolstadt diese Bücher gebrauchen können.

Herr Engert sagt, diese Frage könne er im Moment nicht beantworten, da er nicht wisse, ob die ukrainischen Schulbücher mit dem Ingolstädter System kompatibel seien. Solche Fragen müsse er an die IT-Spezialisten weitergeben. Hauptziel sei es jedoch, den ukrainischen Schülern möglichst schnell Deutsch beizubringen, damit sie den Deutschunterricht folgen können.

Stadtrat De Lapuente pflichtet Stadtrat Mißbeck bei. Auch im liege am Herzen, dass die ukrainischen Kinder möglichst schnell in den Sport einmünden können. Als Vorsitzender des TSV-Nord Sportvereins könne er nur positives berichten. Die Vereine gehen Hand in Hand, um zusammen die schwierigen Zeiten zu meistern. In seinem Sportverein sei es ein unkompliziertes Verfahren. Die ukrainischen Kinder werden sofort aufgenommen und

machen beim Sport einfach mit. Was den Beitrag und den Versicherungsschutz betreffe, ist Stadtrat De Lapuente zuversichtlich, dass sich auch hier Lösungen finden lassen. Insgesamt vertrete er die Ansicht, dass Ingolstadt die Situation sehr gut im Griff habe, wenn er Bilder aus anderen Städten sehe, wo Kommunen mit ankommenden Zügen überfordert seien. Trotzdem sei innerhalb Ingolstadt ein regelmäßiger Austausch zwischen den ehrenamtlichen Helfern und der Stadt Ingolstadt wichtig, um bestens vorbereitet zu sein, falls doch noch die ein oder anderen nach Ingolstadt kommen.

Stadtrat Grob regt an, auf der Grünfläche am südlichen Ende der Straußlettenstraße Spielgeräte für die ukrainischen Kinder anzubringen, um den Betreuerinnen und Eltern das Aufpassen auf die Kinder etwas zu erleichtern. Weiter berichtet er, dass eine Reihe von Handwerksbetrieben und Arbeitsvermittlungsfirmen auf ihn zugekommen seien, welche händeringend nach Arbeitskräften suchen. Diesen habe er geraten, sich für die Registrierung zuerst im Ausländeramt zu melden. Diesbezüglich möchte Stadtrat Grob sich rückversichern, ob diese Auskunft richtig sei.

Auf die Anregung von Stadtrat Grob antwortet Herr Fischer, dass die Integrationslotsin in Zusammenarbeit mit UNICEF gerade dabei sei, Spielgeräte für die Straußlettenstraße zu organisieren. Zum Thema Sportvereine und Vereinsbeiträge informiert er, dass für alle hilfebedürftigen, minderjährigen Geflüchteten über das Bildungs- und Teilhabepaket das monatliche Teilhabebudget von 15,00 Euro auch für Sportvereinsbeiträge genutzt werden könne. Man freue sich darüber, dass die Sportvereine ein unbürokratisches Mittrainieren für die ukrainischen Geflüchteten ermöglichen. Trotzdem könne man für Geflüchtete, welche sich für einen längeren Aufenthalt in Ingolstadt entscheiden, gleichzeitig auch als neue Vereinsmitglieder gewinnen, ohne ein schlechtes Gewissen haben zu müssen. Zum Hinweis von Stadtrat Dr. Böhm ergänzt Herr Fischer, dass im Idealfall zuerst eine Registrierung im Ausländeramt stattfinden sollte. Vor dem Arztbesuch sollte man sich im Amt für Soziales einen Behandlungsschein abholen, da alle Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Bayern keine elektronische Gesundheitskarte haben und auch nicht krankenversichert seien. Stattdessen bekommen sie Leistungen der Krankenhilfe über das AsylbLG steuerfinanziert. Für eine Akutbehandlung sollte man selbstverständlich direkt zum Arzt gehen ohne bürokratische Umwege, verdeutlicht Herr Fischer. Sollte einer der Geflüchteten keinen Behandlungsschein dabei haben, könne man diesen unkompliziert per E-Mail, optimalerweise mit beigefügten Passkopien, unter Leistung-asyl@ingolstadt.de anfordern. Zur Abrechnung empfiehlt Herr Fischer Kassenrezepte auszustellen und darauf hinzuweisen, dass Geflüchtete von der Zuzahlung befreit seien.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf rät, diese Informationen nochmals mit der Ärzteschaft zu kommunizieren.

Stadtrat Dr. Meyer geht auf das Thema "Arbeitsaufnahme" ein. Bereits im Jahr 2015 sei dies in Kombination mit dem Spracherwerb der Schlüssel zur Integration gewesen. Ihm sei selbstverständlich klar, dass die humanitäre Unterbringung der Geflüchteten in den ersten Wochen im Vordergrund stehe. Weiter verweist Stadtrat Dr. Meyer auf die Unterstützungsleistungen der Bundesagentur, hervorgehoben durch die neue Plattform "Germany for Ukraine". Er betont, dass sogar auch deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leistungen aus dem SGB III und II nicht geläufig seien. Auch sonstige Möglichkeiten der Information und Beratung seien nicht in Gänze klar. Umso schwieriger sei es dann, wenn man sich mit dem komplexen Aufenthaltsrecht nicht auskenne. Deswegen tritt Stadtrat Dr. Meyer an die Stadtverwaltung mit der Bitte heran, eine pro aktive Beratung in diese Richtung, im Rahmen der personellen Möglichkeiten, anzubieten. Ihm sei ebenso bewusst, dass sich soziologisch die Gruppen von heute anders zusammensetze als im Jahr

2015. Bei den Geflüchteten aus der Ukraine handele es sich hauptsächlich um Frauen und Kinder. Trotzdem glaubt er, dass beim Großteil ein Arbeitswunsch bestehe. Auch der bayerische Innenminister habe alle Kommunen dazu aufgerufen großzügig und offensiv an das Thema ranzugehen. Dies entspreche auch seinem Wunsch für Ingolstadt, führt Stadtrat Dr. Meyer aus.

Herr Fischer teilt die Meinung von Stadtrat Dr. Meyer. Nach seinem Kenntnisstand plane der Freistaat Bayern sogar, die Fördermittel für die Migrationsberatung sowie für den Bereich der Integrationslotsen zu erhöhen, sodass in Ingolstadt die Beratungskapazitäten nochmals ausgebaut werden könnten. Dies würde eine enge Vernetzung zwischen der Migrationsberatung und den Expertinnen und Experten der Agentur für Arbeit ermöglichen.

Stadtrat Dr. Schickel berichtet aus den weiterführenden Schulen, dass die Situation tatsächlich sehr geordnet und pragmatisch ablaufe. Die knapp 40 Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine habe man auf die vier Gymnasien in Ingolstadt verteilt. Ab kommenden Montag wolle man mit der Integration in den entsprechenden Klassen (10. Klasse aufwärts), beginnen. Die Schüler sollen in den normalen Unterricht integriert werden und bekommen am Nachmittag Sportangebote von Seiten der Schule. Zudem werden Leihgeräte aus dem vorhandenen Depot zur Verfügung gestellt, um den Schülerinnen und Schülern ein Fortsetzen ihrer Onlinebeschulung, soweit vorhanden, zu ermöglichen. An das IT-Amt tritt Stadtrat Dr. Schickel mit der Bitte heran, einen möglichst schnellen und unbürokratischen Zugang zum WLAN und weiteren Leihgeräten zu ermöglichen, denn es sei damit zu rechnen, dass die Zahlen noch weiter nach oben gehen. Seinen besonderen Dank und Anerkennung möchte Stadtrat Dr. Schickel der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland e.V. Ingolstadt aussprechen, welche sich schnell und unvorhersehbarer Weise dafür bereit erklärt haben, ihre Unterstützung durch Dolmetschertätigkeiten an den verschiedenen Schulen, anzubieten.

Was die Leihgeräte betreffe, sei man durchaus in der Lage weitere Leihgeräte zur Verfügung zu stellen, da man im Zusammenhang mit Corona reaktiv viele Leihgeräte für Schülerinnen und Schüler besorgt habe, informiert Herr Engert. Deswegen bittet er Stadtrat Dr. Schickel darum, dieses Thema in die Steuerungsgruppe einzubringen. Weiter weist Herr Engert darauf hin, dass Oppeln, die polnische Partnerstadt von Ingolstadt vergangene Woche in einer Videokonferenz noch einmal um einen Hilfstransport gebeten habe. In Oppeln seien sehr viel mehr Flüchtlinge als in Ingolstadt, welche die Stadt Oppeln an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit bringe, erklärt Herr Engert. Deswegen habe man einen Hilfstransport zusammengestellt, der kommenden Montag von Ingolstadt aus nach Oppeln gehe.

Stadtrat Werner verweist auf den vor zwei bis drei Wochen gestellten Antrag der SPD-Stadtratsfraktion. Dieser sei zwar nicht als Dringlichkeitsantrag deklariert, in den Augen von Stadtrat Werner jedoch dringlich in zweierlei Hinsicht. In Ingolstadt herrsche ein akuter Bedarf an Personal in den Pflegeeinrichtungen und Kindertagesstätten, die zum Teil nicht eröffnet werden können, weil das Personal fehle. Deswegen sei die Bitte von Stadtrat Werner, ohne formale Behandlung dieses Antrages zu prüfen, ob unter den vielen Frauen der ukrainischen Geflüchteten, sich Erzieherinnen und Pflegekräfte finden lassen. So könne beiden Seiten auf rasche Art und Weise geholfen werden.

Eine Abfrage finde bei den Erzieherinnen ohnehin statt, antwortet Herr Engert.

Herr Bolle geht anhand der Grafik, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, auf die aktuelle Situation der Energiewirtschaft ein und gliedert diese in vier Hauptthemen: Preise, Preisentwicklung, Versorgungssicherheit und Gas. Insbesondere beim Thema Gas hätte man vor einem Jahr noch gesagt, sowas sei nicht möglich, trägt Herr Bolle vor. Man habe in der Vergangenheit über viele kritische Momente hinweg immer wieder Auf und Ab's bei den

Energiepreisen gehabt. Beginnend mit dem vergangenen Jahr und Corona als Auslöser, habe man nach der 1. bis 3. Corona-Welle allerdings schon lange nicht mehr so eine konjunkturell starke Entwicklung in Deutschland erreicht. Die Nachfrage in Verbindung mit der ökologischen Diskussion sei gestiegen. Mit Verschärfung der ökologischen Ziele, einer Verknappung der CO₂-Zertifikate auf europäischer Ebene, sei zu einem drastischen Preisanstieg bei den CO₂-Kosten gekommen. Auch beim Strom sei es Mitte des letzten zu einer steigenden Tendenz gekommen, welche aber noch im Rahmen war. Dies habe sich langsam hochgeschaukelt, bis auch das Gas nachzog. Im Herbst 2021 sei die Diskussion zum Thema Speicher eröffnet worden sowie die Frage, weshalb die Speicher nicht so voll seien wie sie sein sollten. Kurz vor Weihnachten habe sich die Lage zugespitzt, sodass der erste Peak entstand, erörtert Herr Bolle. Strom und Gas seien ungefähr auf dem gleichen Niveau gewesen. Gründe dafür seien eine gewisse Unruhe und sehr viel Geldfluss im Markt gewesen. Heutzutage handle es sich bei Strom und Gas um Handelsprodukte, welche auf Energiebörsen gehandelt werden. Spekulanten können durch die hohe Volatilität viel Geld verdienen. Insofern sei das System relativ hochgelaufen. Nach der Gewissheit, dass der Winter doch nicht so kalt ist wie vermutet, seien alle Systeme relativ stabil geblieben und zwischen Ende Januar und Mitte Februar sei man sogar wieder ein bisschen auf den absteigenden Ast gewesen. Mit der Truppenbewegung Russlands bis hin zum Einmarsch in die Ukraine sei der zweite Peak entstanden, wodurch die Unruhe im Markt sehr hoch war. Zu Problemen komme es nicht nur durch die Höhe, sondern auch die Volatilität. Inzwischen habe man Tagesschwankungen, die ein vielfaches dessen seien, was man in der Vergangenheit als Basisniveau bei den Energiepreisen gehabt hatte. Dies erschwere die Energiebeschaffung. Die Stadtwerke Ingolstadt haben seit vielen Jahren ein etabliertes Beschaffungssystem eingerichtet, welches über einen längeren Zeitraum vor dem eigentlichen Lieferzeitraum, Energie beschaffe. Herr Bolle sagt, im Regelfall handle es sich bei der Beschaffung von Energie in Tranchen um einen Zeitraum von 12 bis 18 Monate vor der Belieferung. Aus diesem Grund müsse man die Energiepreise für 2022 bisher nicht erhöhen, da man die Energie bereits im Jahr 2020 und 2021 eingekauft habe. Allerdings könne man die Energiepreise bis zum Herbst lediglich für Bestandskunden konstant halten. Für Neukunden könne man dies nicht tun, weil es den ein oder anderen Lieferantenausfall gegeben habe und man sich dafür entschieden habe, die treuen Kunden der Stadtwerke stabil zu halten. All diejenigen, die den Wettbewerb gespielt haben und sich von den Stadtwerken Ingolstadt abgewendet haben und zurückgekommen seien, seien in einen neuen Tarif gefallen, welcher deutlich höher sei. Insbesondere beim Gas rede man hier von über mehr als den doppelten Preis, verdeutlicht Herr Bolle. Was dies für die Zukunft bedeute, könne er im Moment nicht sagen. Bei den Preisen, welche auf der Grafik abgebildet seien, handle es sich um die Preise für das Jahr 2023. Das seien die Preise, die aktuell für einen Energieeinkauf für das nächste Kalenderjahr gezahlt werden. Man habe bereits Tranchen auf einem niedrigerem, aber auch auf höherem Niveau eingekauft. Insofern könne Herr Bolle keine finale Prognose geben. Im Herbst werde man jedoch sicherlich mit der ein oder anderen Preismaßnahme rechnen müssen, geht er davon aus. Was die Versorgungssicherheit betreffe, welche aktuell in den Medien sehr präsent sei, stellt er klar, dass man beim Strom derzeit nicht zu befürchten habe. Bei der Stromversorgung in Deutschland sei man sehr breit aufgestellt. Herr Bolle meint, dass man sich aber über das ein oder andere Klimaziel vor dem Hintergrund der Versorgungssicherheit nochmal unterhalten müsse. Vor allem das Thema Kohlekraftwerke sei eine Sache, welche ökologisch nicht mehr vertretbar sei, aber gleichzeitig eine gewisse Sicherheit gebe. Dieses Thema müsse seiner Ansicht nach neu bewertet werden. Die Erzeugung sei ein wesentlicher Treiber. Was die Strategie beim Strom angehe, haben auch die Stadtwerke Ingolstadt sich als Ziel gesetzt, mehr in die regionale (dezentrale) Erzeugung zu gehen. Insbesondere beim Thema Photovoltaik habe man einige größere Projekte geplant, in der Hoffnung, signifikante Mengen zu erzeugen, so Herr Bolle. Beim Gas hingegen sei der Spielraum der Stadtwerke Ingolstadt sehr begrenzt. Im Gegensatz zum Gas, könne man nämlich beim Strom sogenannte Herkunftsnachweise kaufen. Dies bedeute, man könne definieren, wo der Strom herkomme. Diese Möglichkeit gebe es beim Gas nicht, erklärt Herr Bolle. Das Gas kaufe man am Großhandelshandelsmarkt. Den Herkunftsort könne man nicht bestimmen. D.h. man

kaufe einen Erdgasmix, der aus einem Großhandelsprodukt bestehe. Damit komme man zu der Frage, was geschehe vor dem Hintergrund der Ukraine Krise. Die Nervosität durch die Aussage von Putin, man könne nur noch in Rubel bezahlen, sei natürlich gestiegen. Zum heutigen Stand könne Herr Bolle mitteilen, dass dies nicht umgesetzt werde. Die Europäer sollen weiterhin ihre Gasmengen in Euro bezahlen können. Weiter geht Herr Bolle auf das Speicherthema ein, welches insbesondere für Bayern ein wichtiges Thema sei, da Bayern von diesen Speichern etwas stärker abhängig sei als andere Regionen in Deutschland. Bayerns Pipelinesystem sei darauf ausgelegt, das man mit relativ vollen Speichern den Bedarf im Winter decken könne. In Bayern seien die Speicher nur um 13 Prozent gefüllt, während der Durchschnitt in Deutschland bei 26 Prozent liege. Das bedeute, man habe hier eher ein regionales als ein bundesweites Thema. Würden die Lieferungen aus Russland stark eingeschränkt werden, seien die Mittel der Stadtwerke Ingolstadt begrenzt. Die gute Nachricht sei, dass man davon ausgehe, dass die in Deutschland zur Verfügung stehenden Gasmengen, für die Heizkunden bereit gestellt werden könnten, wenn aus dem Osten nichts mehr kommen würde. Das liege daran, dass Deutschland aktuell 50 Prozent der Gasmengen aus Russland beziehe und die anderen 50 Prozent von Lieferanten aus z.B. Norwegen kommen. Bei den heizlastigen Kunden, wo es um die persönlichen Bedürfnisse gehe, liege man in einer Größenordnung von 40 bis 45 Prozent des Gasbedarfs in Deutschland. Dies könne man mit den Mengen außerhalb Russlands abdecken. Sollte seitens Russland das Gas nicht mehr kommen, müssten jedoch Deutschlands langfristige Beschaffungskonditionen erst einmal obsoluet gestellt werden, da die großen Händler und Lieferanten sich ebenfalls neu orientieren müssten. Ohne Bundesregelung und Eingriff des Staates würde dies nicht funktionieren. Das habe wiederum einen Effekt auf das Thema Preise. Wen es in diesem Szenario negativ treffen würde, sei die Industrie. 40 Prozent des Gasverbrauches in Deutschland stecke in der Prozessindustrie, Großindustrie, Stahlwerken, Hüttenwerken und Chemieindustrie. Dies würde sich unvermeidlich über die Lieferketten durchschlagen. Die Stadtwerke Ingolstadt seien derzeit in Abstimmung mit den vorgelagerten Netzbetreibern, welche wiederum berichtet haben, dass auf Bundesebene entsprechende Arbeitsgruppen gebildet worden seien. Beim Gas soll es eine sogenannte Abschaltkaskade geben, bei der im Katastrophenfall erst die Großkunden von oben nach unten ausgeschaltet werden. Herr Bolle geht davon aus, dass dies die Bürger als solches sowie die Heizkunden nicht betreffen werde. Die Frühwarnstufe sei vom Bundesminister ausgerufen worden, welche die Energiebranche bereits seit mehreren Wochen eingefordert habe, da in der Frühwarnstufe die Pläne für den Katastrophenfall definiert werden. Auf die Frage der Speichermöglichkeiten in Ingolstadt müsse Herr Bolle leider sagen, dass Ingolstadt über keine großen Speichermöglichkeiten verfüge. Man habe einen kleinen Röhrenspeicher, der mehr der Druckhaltung als der Versorgungssicherheit diene. Auf dem Gelände der Stadtwerke stehe noch eine ausrangierte Gaskugel. Wenn diese im Winter voll gefüllt sei, halte die Vollast lediglich ganze 8 Stunden, veranschaulicht er. Das Thema Verbrauch werde einer der entscheidenden Faktoren sein. Die Reduktion des Temperaturniveaus von Verbrauchern bringe sehr viel. Auch wenn dies sehr banal klinge, werde dies mit Sicherheit eine Aufgabe der Stadtwerke sein, hier dazu beizutragen. Weiter geht Herr Bolle auf die Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen ein. Was das Thema Biogas betreffe, würde die Aufbereitung und Umwandlung von Gas mit der kleinen Biogasanlage der Stadtwerke Ingolstadt, weniger als 1 Prozent des Ingolstädter Gasverbrauches versorgen können. In Deutschland habe man ca. zwei bis drei Prozent Biogasmengen im gesamtdeutschen Netz. Dies bedeute, dass der reine Einkauf von Gasmengen durch die Stadtwerke Ingolstadt wenig bringen würde. Zudem steige dieses Jahr aufgrund der Ukraine Krise bei den Landwirten die Tendenz, eher wieder in den Getreideanbau zu investieren. Dies würde zu Lasten des Maises gehen, der wiederum als Energiepflanze den Biogasanlagen diene. Man könne Flächen und Kapazitäten nicht beliebig vervielfältigen. Deshalb sei ein Umschalten innerhalb von 12 Monaten auf andere Energieträger schwierig, erklärt Herr Bolle. Dies habe nichts damit zu tun, dass man dies langfristig als Strategie nicht voran treiben möchte. Nur in der jetzigen Situation, vor der Möglichkeit, dass man mit reduzierten Gasmengen im System konfrontiert werden könnte, würde dies aktiv relativ wenig nützen. Das Thema Beimischung, ob es es sich nun um

Biogas oder Wasserstoff handle, habe man in den Netzen begrenzt zur Verfügung. Bei der Nutzung von Wasserstoff stehe man noch ganz am Anfang. Die Stadtwerke selbst seien gerade dabei ein Projekt zu entwickeln, wo Wasserstoff und Photovoltaik in größerem Stil an einer Stelle, im Donaumoos in Karlshuld, errichtet werden sollen. Ziel sei es, direkt über den PV-Strom Wasserstoff zu erzeugen, der speicherbar ist. Derzeit sei Wasserstoff allerdings eher im Fokus der Mobilität. Insbesondere bei den LKW's. Sollte es beim Gas also zu einem Mangel kommen, werde es zuerst die größere Industrie treffen. Seinen Bericht beendet Herr Bolle mit folgendem Satz: "Es wird keiner frieren."

Stadträtin Bulling-Schröter ist der Meinung, dass jetzt der richtige Zeitpunkt dafür wäre, in allen Bereichen in die Offensive zu gehen und Programme zu fahren, welche Energie einsparen. Dabei verweist sie auf einen gemeinsamen Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE und der Stadtratsgruppe ÖDP. Vor dem Hintergrund der aktuellen Situation, seien die Menschen nun offen für mehr Beratung in Richtig Photovoltaik und Leasingsystemen. Weiter geht Frau Bulling-Schröter auf die Grundversorgung der Neukunden ein und verweist dabei auf ein Urteil vom Landgericht Frankfurt. Nach ihren Kenntnissen habe die Stadt Frankfurt 245 Prozent zum normalen Tarif aufgeschlagen. Das Urteil besage, dass dies nicht möglich sei dürfe. Von Herrn Bolle möchte sie wissen, ob die Stadtwerke Ingolstadt aus diesem Urteil auch Konsequenzen ziehen. Immerhin gebe es neben den Vorteilsnehmern auch andere Bürger, die einen Grundversorgungsantrag stellen, weil sie nach Ingolstadt ziehen. Inzwischen seien Institute der Meinung, dass Energiearmut die Armut der Zukunft sei. Dies wolle man in Ingolstadt verhindern.

Gerade für die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sei die Erzeugung von Biogas aus Monokulturenergiepflanzen nicht die erste Wahl, teilt Stadträtin Krumwiede mit und verweist auf diverse andere Möglichkeiten wie z.B. Biogas aus Gülle, Reststoffen und ökologischen Energiepflanzen. Bei der Nutzung von wiedervernässbaren Moos- und Moorflächen habe die Green Planet Energy eG mit der Erzeugung von sogenanntem "Paludi-Biogas", gute Ergebnisse erzielt. Dies wäre ebenfalls eine Option, welche man in Erwägung ziehen könnte. Stadträtin Krumwiede sei bewusst, dass es sich hierbei um eine Mengenfrage handle. Trotzdem vertritt sie die Meinung, dass die Abhängigkeit von Erdgas nicht die Zukunft sein könne und man perspektivisch denken müsse.

Herr Bolle pflichtet Stadträtin Krumwiede bei, dass die Bewertung der Abhängigkeit von Erdgas in den letzten zwei Monaten eine deutliche Wendung bekommen habe. Egal ob beim Strom oder Erdgas, man müsse sich breiter aufstellen. Was das Thema Biogasanlagen betreffe, sei es immer eine Frage der Stoffströme, sagt Herr Bolle. Selbst beim Mais sei es schwierig, Stoffströme bei einer relativ kleinen Anlage zu garantieren. Bei Innovationen bestehe die Herausforderung, die Stoffströme so zu organisieren, dass die Anlage am Ende funktioniere. Herr Bolle ist jedoch auch der Meinung, dass nun die Zeit dafür gekommen sei, Denkverbote aufzuheben. Deshalb werde er das Thema gerne mitnehmen. Beim Thema Energieeinsparung durch Photovoltaik mache man bereits relativ viel. Auch Speicherlösungen werden bereits angeboten. Herr Bolle erklärt, dass es dabei nicht an den Beratungen seiner Mitarbeiter scheitere, sondern mehr daran, dass man die Photovoltaikanlagen nicht geliefert und gebaut bekommt. Der große Engpass liege momentan im Handwerkerbereich. Den Bau habe man eigentlich den Handwerkern überlassen. Den Stadtwerken Ingolstadt bleibe aber derzeit nichts anderes übrig, als in bestimmten Bereichen das Personal aufzubauen, um selbst die Anlagen bauen zu können. Insofern investiere man weiterhin in das Thema, da es ohne Eigenversorgungsanlagen und mehr Speicher nicht funktioniere, den äußeren Anteil zu reduzieren. Trotzdem dürfe man nicht nur auf Photovoltaik setzen, da Nachts keine Sonne scheint. Hier werde die E-Mobilität und das Thema Speicherefähigkeit der Autos in der Garage eine wichtige Rolle spielen, meint

Herr Bolle. Weiter geht er auf die Frage von Stadträtin Bulling-Schröter bezüglich der Themen Grundversorgung und Strompreise ein. Momentan gebe es eine Mehrheit von Gerichtsurteilen, welche sich für die Versorger aussprechen und eine Minderheit von Gerichtsurteilen, welche die Versorger dazu gezwungen haben, die Grundversorgungstarife wieder zusammenzuführen. In Bayern gebe es kein Gerichtsurteil. Deshalb stehe man aktuell zu der getroffenen Entscheidung. Hätte man sich dagegen entschieden, hätte man die Preise für die Bestandskunden deutlich anheben müssen, um die nicht geplanten Mengen, welche man für die unfreiwilligen Rückkehrer zu hohen Werten nachbeschaffen hat müssen, auffangen zu können. Man hätte sozusagen die treuen Kunden dafür tyrannisiert, dass diejenigen, die den Markt ohnehin schon ausgenutzt haben, dann auch noch davon profitieren, dass sie in eine Grundversorgung fallen, welche deutlich unter dem heutigem Marktniveau liege. Dies sei sozialpolitisch nicht vertretbar, betont Herr Bolle. Die Energiepreise der Ingolstädter Stadtwerke seien im Markt sowie unter sozialen Gesichtspunkten durchaus tragbar. Diese Tarife werde man allerdings nicht unendlich weiterführen. Man gehe davon aus, dass sie im Laufe des Jahres im Rahmen der nächsten Preismaßnahmen zusammengeführt werden.

Bürgermeisterin Kleine stellt fest, dass Biogas in der Erzeugung als tragende Säule in Konkurrenz auf den Hektar gegenüber anderen Energieträgern wie z.B. Windrändern und Freiflächenphotovoltaikanlagen nicht so gut abschneide. Zur Veranschaulichung verweist sie auf die Zahlen von Landesabgeordneten Martin Stümpfig. Setzte man auf Biogas als tragende Säule, könne dies u.a. auf dem Land zu einer Flächenkonkurrenz zwischen Ernährung und Energieerzeugung sowie verschiedenen Energieträgern führen. Nachdem man ohnehin bei der Wärmeversorgung mehr in die Elektrifizierung gehen möchte, könne sich Bürgermeisterin Kleine eher den Strom als Mittel der Wahl für die Zukunft vorstellen.

Stadtrat Wittmann sagt, ihm beruhige die Aussage, dass es aus Moskau ein positives Signal gebe, dass der Gas- und Öltank nicht zugedreht werde. Was ihn weniger beruhige, sei die Aussage von Herrn Bolle, dass es die Heizkunden nicht treffen werde, sondern "nur" die Industrie. Dies klinge seiner Ansicht nach so, als wäre die Industrie etwas anonymes, was den Rest der Bevölkerung nicht betreffe. Wenn die Wirtschaft zu wenig Energie habe, dann treffe dies auch den Einzelnen mit der gleichen Härte, wie wenn er daheim zu wenig Gas zum Heizen habe, betont Stadtrat Wittmann. Dies beginne beim Bäcker und Metzger, welche unglaublich viel Energie und Gas zur Herstellung ihrer Produkte benötigen. Produkte werden teurer, wenn hier die Gasleistungen gekürzt werden oder sich die Preise erhöhen. In Bezug auf den kommenden Herbst und Winter mache sich Stadtrat Wittmann große Sorgen. An Stadträtin Bulling-Schröter gewandt, kritisiert Stadtrat Wittmann jene Politiker, die sagen, man müsse die Raumtemperatur um vier Grad runterdrehen. Für Jemanden, der schon vorher sparen hat müssen, könne eine solche Maßnahme sehr weh tun. Man müsse dabei an die Kleinen denken, welche es treffen wird, appelliert er.

Stadtrat Achhammer schließt sich der Meinung von Stadtrat Wittmann an. Auch er befürchtet, dass sich die Preise der Industrie letztendlich auf die Nutzer niederschlagen werden. Auch er sehe ein größeres Potenzial in Photovoltaikanlagen, welches man seiner Ansicht nach stärker bei den Stadtwerken Ingolstadt ansiedeln müsste. Die größere Chance für Photovoltaik liege auf bereits bebauten Flächen mit Dächern. Der Bürger bzw. der Eigentümer, der noch kein Photovoltaik auf seinem Dach habe, müsse besser unterstützt und beraten werden. Notfalls könnten die Stadtwerke als Betreiber auf privaten Dächern in Erscheinung treten, schlägt Stadtrat Achhammer vor. Alle Möglichkeiten müssen ausgeschöpft werden. Hierzu werde die CSU-Stadtratsfraktion einen Prüfantrag stellen, der dieses Modell noch besser fördern und untersuchen soll. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise und der Abhängigkeit des Gasbezugs von Russland, begrüßt Stadtrat Achhammer, dass sich die Stadtwerke Ingolstadt auch dezentraler aufstellen möchten.

Stadtrat Köstler sagt, auch er sei beunruhigt, was den nächsten Winter betreffe. An Herrn Bolle gewandt bezieht er sich auf die Frage zum Thema "Power to gas", welches die Audi AG betreibe. Vor dem Hintergrund, dass man im Donaumoos eine Photovoltaikanlage zur Wasserstoffgewinnung bauen möchte, erkundigt sich Stadtrat Köstler, ob daraus nicht auch einspeisbares Gas für das Gasnetz gewonnen werden könne und ob es diesbezüglich schon Überlegungen gebe.

Herr Bolle antwortet, dass Power-to-gas-Anlagen mehrere kritische Eigenschaften besitzen. Aufgrund der Preise im Markt mache Power-to-gas nur Sinn, wenn der Strom übrig bleibe. Ansonsten befinde man sich bei den Gestehungskosten zu weit weg, da der Wirkungsgrad vom Strom bis zum Erdgas bei 10 Prozent liege. Das bedeute, man habe 90 Prozent Verluste, bis man Erdgas erhalte. Dieses Modell mache demnach nur mit Energie Sinn, welche übrig bleiben würde. Herr Bolle informiert, dass sich die von Stadtrat Köstler angesprochene Windanlage im Norden befinde und eine Gasifizierungsanlage direkt daneben stehe. Das Wasserstoff zwar ein Gas ist, jedoch kein Erdgas, haben sich die Stadtwerke Ingolstadt dazu entschieden, den Fokus zunächst auf die Lernkurve nach oben zu richten, in dem man Photovoltaik mit einem Elektrolyseur verbinden möchte. Hierbei handle es sich um einen grünen Wasserstoff, da er aus einer Anlage der erneuerbaren Energien erzeugt werde und in einem räumlichen und zeitlichem Zusammenhang mit der Errichtung stehe. Der hochwertige Wasserstoff werde zudem von der Bundesregierung unterstützt. Die Flächen in Ingolstadt seien allerdings begrenzt. Deshalb verfolge man die Strategie, auch auf die umliegende Region sowie die umliegenden Landkreise zu erweitern. Hierzu gebe es gute Asätze, um den Strom direkt nach Ingolstadt reinzuliefern zu können. Sogenannte "PPA´s" (Power Purchase Agreements) seien in Deutschland der neue Trend. Nicht mehr in EEG´s einzuspeisen, sondern den Strom direkt bilanziell zuzuordnen. Weiter informiert Herr Bolle, dass es für speicherbare Energien wie Wasserstoff noch keine Systeme für den Vertrieb gebe. Auch hier sei man einfach noch auf der Lernkurve. Diese müsse allerdings schneller kommen, als man vor zwei oder drei Jahren noch gedacht habe. Deshalb sei man froh, die Projekte zu haben, da die Bedeutung solcher Projekte in den letzten Jahren stark gestiegen sei. Dieser Verantwortung seien sich die Stadtwerke Ingolstadt durchaus bewusst, führt Herr Bolle aus.

An Herrn Bolle gewandt stellt Stadtärztin Bulling-Schröter klar, dass die Stadtratsgruppe DIE LINKE für moderate Energiepreise in Form eines Stufentarifes stehe. Je weniger man brauche, desto weniger sollte man bezahlen müssen. Dass die Stadtratsgruppe DIE LINKE einen Sozialtarifpreis anstrebe, sei ebenfalls bekannt, entgegnet sie. Den Vorwurf von Stadtrat Wittmann weist Stadträtin Bulling-Schröter ebenfalls von sich. Die Forderung, dass man die Heizung um vier Grad runterdrehen sollte, käme nicht von ihr. Im Gegenteil. Sie spreche sich für Programme aus, mit denen man Energie einsparen könne. Mit diesen Programmen sollte man jetzt beginnen, appelliert sie.

Stadträtin Segerer verweist auf die Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis90 / Die Grünen zur Energieversorgung der städtischen Gebäude und erkundigt sich, ob das Thema in der heutigen Sitzung noch besprochen werde.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet, dass die Anfrage nach § 56 der Geschäftsordnung durch eine schriftliche Antwort, die allen zur Verfügung gestellt wird, behandelt werde.

Stadtärztin Krumwiede gibt Bürgermeisterin Kleine recht, dass die Stromerzeugung aus Biogas komplett unwirtschaftlich sei. Biogas statt Erdgas sei allerdings nochmal etwas anderes, merkt sie an. Dass die Herstellung von Biogas aus ökologischen Reststoffen und Gülle eine Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Flächen darstellen könnte, glaube sie nicht. Stadträtin Krumwiede ist der Überzeugung, dass hier noch ein Markt sei, der ziemlich am

Anfang stehe. In ihren Augen dürfe man nicht in Monokultur denken. Diese Alternative könnte ein Baustein der Zukunft sein, bekräftigt sie.

Stadträtin Mayr stellt einen Antrag auf Ende der Rednerliste.

Abstimmung über den Antrag von Stadträtin Mayr auf ein Ende der Debatte:

Mit Mehrheit der Stimmen genehmigt.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bezieht sich auf den Dringlichkeitsantrag "Autofrei bis Krieg vorbei" der ÖDP-Stadtratsgruppe, welcher entsprechend begründet worden sei. Er werde sich immer für Energiesparmaßnahmen aussprechen und alles dafür tun, den Energieverbrauch zu senken. Der Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe sei ihm persönlich jedoch zu symbolhaft. Oberbürgermeister Dr. Scharpf sagt, er persönlich würde den Antrag deshalb ablehnen.

Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der ÖDP-Stadtratsgruppe:

Mit Mehrheit der Stimmen abgelehnt.